



Machtwechsel in Mosambik

Die ersten 100 Tage des Filipe Nyusi

ERFRIED ADAM
Mai 2015

- Filipe Nyusi gewann die umstrittenen Wahlen vom 15. Oktober 2014 mit absoluter Mehrheit und hat sein Amt am 15. Januar 2015 angetreten. Von Beginn an gehörte die Sicherung des inneren Friedens und der staatlichen Einheit zu seinen Hauptaufgaben. Bei ersten Initiativen gegenüber dem langjährigen Oppositionsführer Afonso Dhlakama erwies sich Nyusi als überaus geschickt.
- Wie angespannt die innenpolitische Lage derzeit ist, zeigt die Ermordung des renommierten Verfassungsrechtlers und Regierungsgegners Gilles Cistac, die von allen Beobachter_innen als politischer Mord bezeichnet wird, für den einflussreiche Machtgruppierungen verantwortlich seien.
- Auf der Sitzung des FRELIMO-Zentralkomitees vom März 2015 wurde Nyusi mit überwältigender Mehrheit, aber gegen den erbitterten Widerstand seines Vorgängers, zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Damit sind die Präsidentenämter in Staat und Partei – so wie stets zuvor – bei einer Person vereint.
- Die eigentliche Herausforderung für Nyusi liegt in der Neuausrichtung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit im Blick hat. Es gibt erste Versuche, die Ausplünderung des Staates und die Korruption zu bekämpfen und einen neuen sozialen Konsens zu erreichen. Ob politischer Wille und politische Kraft bei Nyusi auf Dauer dazu ausreichen werden, ist nach 100 Tagen noch nicht absehbar.

Mit Filipe Nyusi trat der vierte Präsident Mosambiks seit der Unabhängigkeit 1975 am 15. Januar 2015 sein Amt an. In den Wahlen vom 15. Oktober 2014 erhielt er als Kandidat der seit der Unabhängigkeit regierenden FRELIMO¹ 57 Prozent der Stimmen; gegenüber 36 Prozent für Afonso Dhlakama (RENAMO²) und 6,4 Prozent für Daviz Simango (MDM³). Für afrikanische Verhältnisse ist es durchaus bemerkenswert, dass seit den ersten Mehrparteienwahlen 1994 zum dritten Mal ein Wechsel im Amt der Staatspräsidenten (wenn auch nicht der Regierungspartei) erfolgte: Joaquim Chissano, der im November 1986 von der damaligen Einheitspartei zum Nachfolger des bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Samora Machel ernannt wurde, hatte nach zwei Amtsperioden im Mehrparteienstaat (seit 1994) und insgesamt 18 Dienstjahren die Kandidatur 2004 dem Generalsekretär Armando Guebuza überlassen und war nach dessen Dienstantritt auch als Parteipräsident zurückgetreten.

Guebuza machte für die Präsidentschaftswahlen 2014 schließlich den Weg für Filipe Nyusi frei, wenn auch unter Druck der Partei, die sich einer Verfassungsänderung zugunsten einer dritten Amtszeit verweigerte. Offensichtlich wollten Guebuza und seine Gefolgsleute das Amt des Parteipräsidenten und die damit verbundene Macht bis zum nächsten Parteitag 2017 nicht abgeben. Nyusi galt bei seiner Nominierung durch das Zentralkomitee der FRELIMO, wo er sich mit Zweidrittelmehrheit im zweiten Wahlgang gegen die frühere Ministerpräsidentin Luisa Diogo durchsetzte, als »Guebuza-Mann«, sodass diese Konstellation zeitweise auch mit dem Bild einer »Putin-Medwedew-Lösung« in Verbindung gebracht wurde.

Ein politisch unbeschriebenes Blatt

Filipe Nyusi galt zu diesem Zeitpunkt als politisch ziemlich unbeschriebenes Blatt. Er ist der erste Präsident einer jüngeren Generation, die nicht mehr unmittelbar am Befreiungskampf beteiligt war. Als Angehöriger der *Makonde* wurde er auf dem Mueda Plateau in der Nordprovinz Cabo Delgado an der Grenze zu Tansania geboren. Mue-

da wurde durch ein Massaker der portugiesischen Truppen an unbewaffneten Zivilist_innen am 16. Juni 1960 bekannt, dem ca. 500 Menschen zum Opfer fielen – ein Anlass für den Befreiungskampf in dieser Region.

Nyusis Eltern waren beide im Befreiungskampf aktiv. Er selbst besuchte zunächst eine FRELIMO-Grundschule jenseits der Grenze in Tansania, anschließend eine Sekundarschule der Partei in Cabo Delgado und soll 1973, mit 14 Jahren, Mitglied der FRELIMO geworden sein sowie eine militärische Ausbildung durchlaufen haben. Kurz vor dem Umbruch in der Tschechoslowakei 1990 absolvierte er ein Ingenieurstudium in Brünn, später folgten ein Management-Diplom an der Victoria Universität in Manchester (UK) und weitere Studienaufenthalte in Indien, Südafrika, Swasiland und den USA. Er arbeitete in der staatlichen Eisenbahn- und Hafengesellschaft, stieg dort in der Zeit, in der Guebuza Transportminister war, weiter auf und wurde von diesem als Präsident 2008 zum Verteidigungsminister ernannt. Erst 2012 wurde Nyusi in das Zentralkomitee der FRELIMO gewählt.

Ein guter Start als Staats- und Regierungschef

Mit seinem bescheidenen Auftreten und seiner Dialog- und Kompromissbereitschaft hatte Nyusi bereits im Wahlkampf Sympathien gewonnen. Als Staatspräsident und Regierungschef gelang ihm dann durchaus ein gelungener Start, mit dem er überraschend ein eigenes Profil gewann. Seine Antrittsrede, in der er sich als Diener des Volkes darstellte, seine Positionierung gegen Korruption und Straflosigkeit im Staatsdienst sowie sein nüchterner Blick auf die schwierige und langwierige Erschließung und Nutzung der Rohstoffe des Landes (Öl, Erdgas, Kohle, Mineralien) im Interesse der Bevölkerungsmehrheit fanden Anklang in Medien und Öffentlichkeit. Das von ihm berufene und teils neu gegliederte Kabinett wurde weithin als kompetent und als Signal des Aufbruchs wahrgenommen, auch wenn etwa die Hälfte der Minister_innen aus dem vorigen Kabinett Gueubzas verblieben oder als Provinzgouverneur_innen gehalten wurden.

Seine Treffen mit Afonso Dhlakama auf neutralem Boden am 7. und 9. Februar 2015, bei dem ihm die taktische Meisterleistung gelang, Dhlakama und die RENAMO vom Antritt der Parlamentsmandate zu überzeugen und den Vorschlag für »regionale Autonomien« im Parlament

1. *Frente de Libertação de Moçambique* (Befreiungsfront von Mosambik; heute offiziell Partido Frelimo).

2. *Resistência Nacional Moçambicana* (Nationaler Mosambikanischer Widerstand).

3. *Movimento Democrático de Moçambique* (Demokratische Bewegung von Mosambik; eine Abspaltung der *Renamo*).

einzubringen, führten landesweit zu einem Aufatmen, obwohl sie im Widerspruch zu Positionen der Partei standen. Um die Treffen mit Dhlakama ihrer Sonderstellung zu entkleiden, empfing Nyusi zudem die Parteivorsitzenden der MDM sowie anderer Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind.

Der Machtanspruch des Afonso Dhlakama

Dhlakama forderte zunächst eine Regierung der »nationalen Einheit« unter Beteiligung der RENAMO, dann eine »Expertenregierung« und schließlich, nachdem Präsident Filipe Nyusi und seine Regierung ihr Amt angetreten hatten, die »regionale Autonomie« oder auch »Autarkie« für Provinzen im Norden und im Zentrum des Landes, in denen Dhlakama Mehrheiten als Präsidentschaftskandidat der RENAMO bzw. annähernden Gleichstand zwischen RENAMO und FRELIMO bei den nationalen Abgeordnetenmandaten erreicht hatte: Zambezia (22:18), Sofala (10:8), Nampula (22:22), Niassa (6:7), Manica (8:8). Damit erhob Dhlakama Anspruch auf die Provinzen mit den höchsten bekannten Potenzialen an Rohstoff-Ressourcen. Es ist nachvollziehbar, dass dies als Angriff auf die nationale Einheit und als quasi-sezessionistische Infragestellung von Prinzipien der AU aufgefasst werden musste. Dass unmittelbar nach den Treffen zwischen Nyusi und Dhlakama hochrangige »Brigaden« der FRELIMO auf Politbüroebene in die Provinzen aufbrachen, um dort gegen jede Diskussion über regionale Autonomielösungen zu agitieren, wurde als Angriff auf den Präsidenten Nyusi bzw. als Zeichen eines massiven parteiinternen Machtkampfes in der FRELIMO wahrgenommen.

Spannungsreiche Innenpolitik

Die innenpolitische Spannung fand ihre Zuspitzung, als der renommierte französisch-mosambikanische Verfassungsrechtler und Juraprofessor Gilles Cistac am 3. März 2015 beim Verlassen seines Frühstückscafés erschossen wurde. Es ist bemerkenswert und wirft ein Schlaglicht auf die innenpolitische Situation, dass von keiner Seite – weder von den Medien noch vom Diplomatischen Corps, von Entwicklungsexpert_innen oder politischen Beobachter_innen – etwas anderes als ein politischer Mord angenommen wurde. Diplomatische Vertreter_innen sprachen offen von einem »Auftragsmord«, während der FRELIMO bzw. einer Machtgruppierung um den bis-

herigen Staatspräsidenten und zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Parteipräsidenten Armando Guebuza die Verantwortung zugeschrieben wird.

Mit öffentlichen Äußerungen, die als hochpolitisch und brisant wahrgenommen wurden, hatte sich Cistac gegen die von der FRELIMO und ihren Rechtsberater_innen vertretenen Positionen gestellt. Er sah einen Widerspruch zwischen Artikel 76 der FRELIMO-Parteistatuten, nach dem ein FRELIMO-Staatspräsident gegenüber der Partei rechenschaftspflichtig ist, und der Staatsverfassung. Zudem verwarf er die von der Partei vertretene Auffassung, dass die gewählten RENAMO-Abgeordneten ihr Mandat verlieren würden, wenn sie dieses zur Eröffnungssitzung des Parlamentes nicht formell anträten; und er hielt die von der RENAMO geforderte regionale »Autonomie« für Provinzen im Zentrum und Norden des Landes für mit der Verfassung vereinbar. Während Gilles Cistac für sich die Unabhängigkeit des akademischen Juristen in Anspruch nahm, wurden seine Positionen in der Öffentlichkeit weithin als pro-RENAMO wahrgenommen und von Teilen der FRELIMO als Infragestellung ihres Machtanspruches gewertet.

Gleichzeitig fand in den Medien und in den sozialen Netzen eine Haskampagne gegen Kritiker_innen statt, bei der rassistische, anti-weiße Motive in Erscheinung traten; unter anderem eine Anti-Auslandskampagne (z. B. gegen den US-amerikanischen Botschafter), bei der eine als »G40« bezeichnete Gruppierung von FRELIMO-Aktivist_innen, die dem Umfeld von Guebuza zugerechnet werden, besonders aktiv auftrat.

Der Mord an dem Journalisten Carlos Cardoso (2002) wurde nie aufgeklärt, andere ebenso wenig. Nun scheint eine »Hitliste« im Umlauf zu sein, auf der sich Namen weißer Mosambikaner befinden sollen, wie die der Journalisten Fernando Lima und Fernando Veloso oder der des Wirtschaftswissenschaftlers Carlos Nuno Castel-Branco. In den Medien heißt es, dass Gründungsmitglieder sowie langjährige Führungsmitglieder der FRELIMO mit weißer, gemischt-rassistischer oder goa-indischer Abstammung schon vor Jahren aus Führungspositionen verdrängt worden seien. Obwohl viele vermutlich aus Altersgründen ihren Rückzug aus der Politik angetreten haben, scheint die öffentliche Wahrnehmung eine andere. Die Beunruhigung erwächst aus dem Eindruck, dass die Grenzen zwischen Teilen der Politik, der Polizei und der Organisierten Kriminalität verschwimmen. In den vergangenen Wochen

kam es zu mehreren Entführungen, teilweise mit Schusswaffengebrauch. Betroffen waren asiatisch-stämmige Geschäftsleute sowie einige mit portugiesischer Staatsangehörigkeit.

Inwieweit Lösungen in den massiven Konflikten zwischen FRELIMO und RENAMO sowie innerhalb der FRELIMO gefunden werden können, ist vor dieser Gemengelage schwer einzuschätzen. Hochrangige Verhandlungsdelegationen beider Parteien treffen sich weiterhin im Tagungszentrum der Chissano-Stiftung, um in inzwischen mehr als 100 Runden verbissen miteinander zu ringen. Teilerfolge, wie Annäherungen bei der »Entparteilichung« des öffentlichen Dienstes oder bei der Verlängerung der militärischen Beobachtermission EMOCHM, die nach einer »Friedensvereinbarung« beider Konfliktparteien im September letzten Jahres eingerichtet wurde, werden in kleinem Gezerre wieder infrage gestellt. Auch die Integration der verbliebenen RENAMO-Militäreinheiten kommt nicht voran, obwohl Präsident Nyusi durch die Berufung eines Bruders von Afonso Dhlakama in ein hohes Militäramt ein Signal zu setzen suchte.

Neuanfang in der Regierungspartei

Mit großer Spannung wurde die erste Sitzung des FRELIMO-Zentralkomitees seit der Wahl-Nominierungssitzung im Vorjahr vom 26. bis 29. März erwartet. Guebuza-Getreue bestritten, dass die Nachfolgefrage im Parteipräsidentenamt auf der Tagesordnung stehe, während ehemalige Politbüromitglieder und Minister_innen sich öffentlich für den Wechsel zu Nyusi als Konsequenz demokratischer Kultur aussprachen. Guebuza sperrte sich mit aller Kraft gegen den Machtverlust. Am Eröffnungstag hielt er eine Rede, die als Einschüchterung und massiver Druck aufgefasst wurde. Als sich Politbüromitglieder jedoch gegen ihn stellten, blieb ihm lediglich ein schmachlicher Abgang »durch die Hintertür«, so die Medien, die mit der Schlagzeile »Guebuza, die Justiz (Gerechtigkeit) wartet« aufmachten oder – in deutscher Sprache! – einen Bezug zu den letzten Tagen Hitlers im »Führerbunker« herstellten: »Der Untergang«.

Im Anschluss wurde Filipe Nyusi mit großer Mehrheit zum FRELIMO-Parteipräsidenten gewählt (98,4 Prozent der 222 ZK-Mitglieder). Wie weit seine Macht tatsächlich reicht, muss sich erst noch zeigen; bislang ist er von Guebuza-Gefolgsleuten »eingemauert«. Vertreter_innen

der Partei gehen davon aus, dass er für eine Neuwahl des Politbüros und die Benennung eines neuen Generalsekretärs bald eine außerordentliche Sitzung des Zentralkomitees einberufen wird. Interessant ist dabei, dass die Partei die Trennung von Staats- und Parteiämtern schrittweise umzusetzen scheint. So wurde entschieden, dass Parteisekretär_innen nicht mehr im Parlament sitzen oder über Staatsämter finanziert werden sollen, was für die Parteifinanzen eine große Belastung darstellt. Der »große alte Mann« der Partei, General Alberto Chipande, der 1964 den ersten Schuss im Befreiungskampf abgefeuert haben soll, ein *Makonde* wie Nyusi, hatte bereits vorher die Fäden zugunsten von Nyusi gezogen. Seine Rede bei der ZK-Sitzung bewirkte den Wechsel; der »Chissano-Flügel« und auch Graça Machel (die frühere »First Lady« und spätere Ehefrau von Nelson Mandela) stellten sich hinter ihn.

In der Abwahl Gueubuzas verschmelzen verschiedene Motive: Da ist die »Tradition« der FRELIMO, die Präsidentenämter von Staat und Partei in einer Hand zu vereinen, sowie die Befürchtung, ansonsten an politischen Konflikten und Spannungen zwischen beiden Funktionen zu zerbrechen. Da war die wachsende Unzufriedenheit mit der Amtsführung Gueubuzas in beiden Ämtern und – mit zunehmendem Gewicht nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in einflussreichen Parteigliederungen – die Abscheu über die Selbstbereicherung Gueubuzas und seiner Familie, die aus diesem armen Land an die Spitze der reichsten Personen Afrikas gelangt sein sollen. Bis zum Schluss – noch nach der Wahl seines Nachfolgers – soll Guebuza Staatsverträge und Konzessionen auch im eigenen Wirtschaftsinteresse abgeschlossen haben.

Frieden und/oder staatliche Einheit?

Die internen Machtfragen in der Regierungspartei werden sich weiter klären, schwieriger ist die Sicherung des Friedens und der staatlichen Einheit – die Grundaussage jeder Rede von Nyusi – durch Ausgleich mit der RENAMO. Beide, Nyusi und Dhlakama, haben sich zu weiteren Gesprächen bereit erklärt; Fortschritte und Kompromisslinien sind bisher aber nicht ersichtlich. Inzwischen hat die RENAMO ihre Vorstellung »regionaler Autonomie« oder »Autarkie« weiter präzisiert und einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der nach einigem Hin und Her mit Vorrang im Parlament behandelt werden soll. Die RENAMO bezieht sich in ihrem Entwurf auf eine Passage in der Verfassung, nach der lokalen Gebietskör-

perschaften »Autarkie« zukommen kann. Nach Ansicht von Verfassungsrechtler_innen sind der vorgelegte Entwurf und die Übertragung lokaler Autonomie auf die Provinzen jedoch nicht verfassungsgemäß.

Dhlakama beansprucht als regionaler Gewinner der (von ihm ansonsten angezweifelten) Wahlen das Recht zur Einsetzung von Präsident_innen in den Provinzparlamenten. In welchem Verhältnis diese zu den vom Staatspräsidenten ernannten Provinzgouverneur_innen stehen sollen und wie sich die regionale Politik mittel und langfristig mit der Präsenz des Zentralstaates in den Provinzen vertragen soll, ist hierbei völlig unklar. Dhlakama hält eine »parallele Verwaltung« für funktionsfähig und erprobt. Eine wirkliche Föderation ist offensichtlich nicht intendiert, ebenso wenig die Sezession. Eine sachliche und offene Diskussion von Dezentralisierungsschritten bis hin zu einer mehr föderalen Lösung, welche die Einheit des Landes erhalten, den Provinzen aber größere Eigenständigkeit zugehen würde, erscheint derzeit noch nicht möglich, obgleich hier Modelle in der unmittelbaren Nachbarschaft – z.B. in Südafrika – gefunden werden könnten. Noch als Präsidentschaftskandidat hatte sich Nyusi in einem »Chathamhouse«-Gespräch im August 2014 gegen eine Direktwahl der Provinzgouverneur_innen ausgesprochen; wie er heute dazu steht, ist unbekannt.

Verhandlungen mit einem Parteivorsitzenden, der über eine Parlamentsfraktion und militärische Kräfte verfügt, einen Marsch auf Maputo androht und sich im Land weitgehend frei agitatorisch bewegen kann, sind sicher nicht einfach. Wer Dhlakama und seine Leute derzeit finanziert, ist unbekannt. Stimmen aus der FRELIMO sind jedoch der Auffassung, dass es Nyusi gelingen könnte, die Situation durch das schrittweise Angebot von Positionen in Staat und Militär – auf zentraler und Provinzebene – zu entspannen, die staatliche Einheit zu erhalten und eine Integration der RENAMO voranzutreiben, deren militärischer Flügel inzwischen vorwiegend aus vierzig bis fünfzigjährigen, kriegsmüden Kämpfern besteht. Aber Dhlakama will eine sichtbare Position der Macht und ein entsprechendes Patronagepotenzial.


Weiter so oder Neuorientierung?

Die wirtschaftliche Situation ist schwierig: Die Preise und die Nachfrage wichtiger Rohstoffe sind international eingebrochen, Investitionen in Erschließungen und

Produktion stagnieren und die Staatseinnahmen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück – auch aufgrund ungünstiger und intransparenter Verträge sowie einer grotesken Ausplünderung des Staates durch Wenige. Vieles am wirtschaftlichen Fortschritt wird von Ökonomen inzwischen als »Blase« und Geldwäsche gesehen. Auch die xenophobe Gewalt in Südafrika hat in mehrfacher Hinsicht negative Auswirkungen auf Mosambik: Arbeiter_innen fliehen aus dem Nachbarland, wichtige Lohnrücksendungen brechen ein, im Warenverkehr, von dem die Versorgung abhängt, kommt es zu Behinderungen und südafrikanische Firmen haben nach Demonstrationen (ohne Gewalt) gegen ihre Präsenz in Mosambik die Arbeit eingestellt.

Trotz einer langjährigen Wachstumsrate von ca. sieben Prozent spürt die Mehrheit der Bevölkerung davon bisher wenig. Während der Amtszeit Guebuzas kam es zweimal zu »Hungerunruhen«, die Armutsrate ist gegenüber 2002 (54,1 Prozent) auf 54,7 Prozent wieder leicht angestiegen und im Human Development Index (HDI) nimmt Mosambik den Platz 178 von 187 Ländern ein. Die inzwischen aufgelaufene Staatsverschuldung lässt der neuen Regierung nur noch geringen Spielraum. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2015 soll sich auf nur 70 Prozent des Vorjahresbudgets belaufen; über ein Viertel davon sind Entwicklungshilfeleistungen. Aus einigen Ministerien gibt es Hinweise, dass dort massiv gegen Korruption, Selbstbereicherung und Durchstechereien im Verantwortungsbereich vorgegangen wird. Im Finanzbereich findet eine Bestandsaufnahme statt, die Überprüfung von Kooperationsverträgen und Konzessionen hat begonnen und auch Kündigungen und Rückübertragungen sind möglich. Zudem soll der Staatsanteil erhöht, Transparenz hergestellt und eine angemessene Besteuerung ausländischer Wirtschaftstätigkeit durchgesetzt werden.

Inwieweit illegal erworbene Vermögen zurückgeführt werden können, impliziert Rechts- und Machtfragen, die nach drei Monaten noch nicht zu beantworten sind. Nyusi hatte nach seiner Wahl erklärt, dass der Kampf gegen Korruption und Machtmissbrauch zunächst im Inneren der Partei geführt und gewonnen werden müsse. Er kritisierte die Konzentration auf die großen Projekte mit internationaler Beteiligung, plädierte für ein sorgfältiges und kontrolliertes Vorgehen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit und sprach sich für eine stärkere Förderung von Landwirtschaft und Kleinindustrie aus.



Tatsächlich hat in der Nachbarprovinz Gaza unter seiner Beteiligung mittlerweile eine Verteilung von Landrechtstiteln begonnen, die für die Absicherung der Landbevölkerung gegen Landraub und Enteignung von Bedeutung ist. Dennoch bleibt unklar, ob dies auf eine Katastereinführung hinausläuft oder nur politischer Aktionismus ist. In den Medien wurde zum 100. Regierungstag aber positiv angemerkt, dass Präsident Nyusi sich mit Wirtschaftsvertreter_innen, Kleinindustriellen, Handwerker_innen und Händler_innen getroffen hat und dabei sehr gründlich auf Probleme und ungute Verfahrensregeln eingegangen ist. Für Nyusi besteht allerdings die Gefahr, von Partei und Staat in einer Weise in protokollarische Verpflichtungen und repräsentative Aufgaben eingespannt zu werden, sodass keine Zeit und Kraft bleibt, um den »Stall auszumisten«.

Die eigentliche Herausforderung für Nyusi, seine Regierung und die Partei liegt in einer Neuausrichtung der Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sozialpolitik, welche die Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit im Blick hat, von denen in dem riesigen Land mit einer Bevölkerung von gut 25 Millionen viele auf reine Subsistenzwirtschaft angewiesen sind. Es gibt erste Versuche, die Ausplünderung des Staates und die Korruption zu bekämpfen und einen neuen sozialen Konsens zu erreichen. Ob jedoch auch mit Härte gegen politische Freunde und »die Mächtigen« vorgegangen wird und politischer Wille sowie politische Kraft dazu ausreichen werden, ist nach 100 Tagen noch nicht absehbar.



Über den Autor

Dr. Erfried Adam ist kommissarischer Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Maputo, Mosambik.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7494 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Daniela.Leinweber@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-158-0